

**Nach seinem Freispruch tritt der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff wieder in der Öffentlichkeit auf: Am Donnerstag spricht er ab 20.30 Uhr bei einer Veranstaltung der Dr. Buhmann-Stiftung auf dem Georgsplatz in einer Ansprache über „Christen und Muslime - Gemeinsame Werte verbinden“.**

**Hannover.** Der Islam gehört zu Deutschland - dieser Satz prägt die Amtszeit von Ex-Bundespräsident Wulff. Einer seiner ersten Schritte zurück in die Öffentlichkeit nach Rücktritt und Freispruch gehört nun wieder diesem Thema - der Verständigung zwischen Christen und Muslimen. Ex-Bundespräsident Christian Wulff spricht bei einem der ersten Auftritte seit seinem Freispruch über das prägende Thema seiner Amtszeit, den Islam. Wulff ist am Donnerstag in Hannover Gastredner auf einer Veranstaltung zur interreligiösen Verständigung, die anlässlich des islamischen Fastenmonats Ramadan organisiert wird.

Mit seiner Äußerung, der Islam gehöre mittlerweile auch zu Deutschland, hatte Wulff eine heftige Debatte ausgelöst und sich viel Respekt unter Türken verschafft. Wulff hatte in einer Grundsatzrede am Tag der Deutschen Einheit 2010 in Bremen dazu aufgerufen, Deutschland müsse seine Herausforderung als Einwanderungsland annehmen, den Islam hatte er neben Christentum und Judentum gestellt. Christentum und Judentum gehörten zweifelsfrei zu Deutschland, hatte Wulff gesagt.

"Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland." Damit löste er kontroverse Reaktionen quer durch alle Parteien aus. Kritiker aus CDU und CSU warnten vor einer Gleichstellung sowie vor einem Aufweichen der deutschen Werteordnung. Zugleich gab es aber auch viel Zuspruch für Wulffs Vorstoß für eine Aufwertung des Islam, weit über die muslimische Gemeinschaft hinaus. Die SPD regte die staatliche Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft an. Wulffs Nachfolger Joachim Gauck formulierte später: "Die Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland."

Auf eine ähnliche Formel brachte es Anfang dieses Jahres auch Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Großen Rückhalt in der muslimischen und türkischen Gemeinschaft genoss Wulff in Niedersachsen bereits zu seiner Zeit als Ministerpräsident. Beharrlich setzte er sich für die Belange der Muslime, etwa bei deren Wunsch nach Einführung von islamischem Religionsunterricht, ein. Wulff habe gehalten, was er versprochen habe, würdigte etwa der Landesverband der Türkisch-Islamischen Union (Ditib) sein Wirken.

"Die Türkei liegt mir weiter am Herzen", sagte Wulff vor einem Monat bei der Vorstellung seines autobiografischen Buches zu der Affäre, die zu seinem Rücktritt führte. Wulff war am 17. Februar 2012 nach 598 Tagen im Amt wegen der Affäre um die angebliche Annahme von Vorteilen als bislang jüngster Bundespräsident zurückgetreten. Das Landgericht Hannover sprach ihn Ende Februar vom Vorwurf der Vorteilsnahme in seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident frei. Bei seinem Vortrag zum Thema Christen und Muslime in Hannover spricht Wulff am Donnerstagabend in einem Ramadanzelt im Stadtzentrum, das die Dr. Buhmann Stiftung für interreligiöse Verständigung dort für zwei Tage aufgeschlagen hat. Neben Vorträgen gibt es ein gemeinsames Fastenbrechen.